

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **64 (1984)**

Heft 11

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bemerkungen zu Bundesrat Furglers IRG-Verliebtheit

Die Gewerbekammer, das «Parlament» des Schweizerischen Gewerbeverbandes, hat kürzlich beschlossen, gegen die Innovationsrisikogarantie das *Referendum* zu ergreifen. Bemerkenswert ist an diesem politischen Vorstoss verschiedenes, nicht zuletzt die schlichte Tatsache, dass der Präsident des Gewerbeverbandes, Ständerat Kündig, seinem Parteifreund Furgler auf der von ihm mit grimmiger Entschlossenheit verfolgten Parforce-Tour zu neuen innovativen Ufern Paroli zu bieten sich entschlossen hat. Die CVP hatte sich – das haben einige ihrer prominenten Vertreter in den Wandelgängen zumindest herumgeboten – schützend vor ihren angegriffenen Bundesrat gestellt. Es ging, und dieses Element hat offenbar eine Rolle gespielt, nicht mehr in erster Linie um die nüchterne Beurteilung einer wirtschaftspolitischen Massnahme, sondern um die Verteidigung des Prestiges eines sensiblen Bundesrates. Prestige als Faktor der wirtschaftspolitischen Willensbildung? Wäre dies der Fall – und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür –, so könnte sie die Eidgenossenschaft allerdings teuer zu stehen kommen. Wie hoch ist eigentlich bundesrätliches Prestige mit Geld aus der Schatulle des Staates aufzuwiegen?

Die Einsicht, dass die IRG von allem Anfang an eine Missgeburt war, ist eigentlich nicht allzu schwer zu gewinnen. Sie sollte auch Nicht-Ökonomen zugänglich sein. Und zwar vor

allem deshalb, weil sie, bei Lichte betrachtet, keine Chance hat, das visierte Ziel zu erreichen. Sie kann nichts, aber auch gar nichts, für eine innovativere Schweiz beitragen. Zur Diskussion steht einzig und allein die Frage, ob Innovationen, die an der Finanzklippe zu scheitern drohen, deren Marktchancen also schlecht beurteilt werden, mit *Bundeshilfe* und Steuerprämien auf einen Markt gezerrt und gestossen werden sollen, auf dem sie ein höchst unsicheres Schicksal erwartet. Und dieses Vorgehen firmiert unter dem anspruchsvollen Titel der *Innovationsförderung!*

Fällt den wirtschaftspolitischen Strategen im Bundeshaus tatsächlich nichts Besseres ein, als am falschen Ort wieder einmal den Subventionshahnen aufzudrehen? Ist das alles, was sie an innovativer Wirtschaftspolitik zu bieten haben? Und was hat das mit Prestige zu tun, wenn im Laufe eines Meinungsbildungsverfahrens die Einsicht reift, dass von einer in Aussicht genommenen Massnahme offenbar nicht das erwartet werden kann, was sie einst zu versprechen schien, weshalb sich der Befehl: «Das Ganze halt» schon lange aufgedrängt hätte? Dies insbesondere auch im Blick darauf, dass die Wirtschaft das IRG-Geschenk, das ihr in den Schoss gelegt werden sollte, gar nicht haben will.

Es ist vor allem *diese* Haltung, die nachdenklich stimmt, weil sie eine Mentalität verrät, die kaum bereit ist,

von den Fakten Kenntnis zu nehmen. Sie scheint vielmehr vom sonst primär bei den Sozialdemokraten beheimateten Glauben an die staatliche Beeinflussbarkeit und Machbarkeit wenn nicht aller, so doch vieler wirtschaftlicher «Dinge» berauscht. Gewiss, die IRG ist nur ein relativ kleiner Stein im grossen Mosaik der Wirtschaftspolitik.

Aber sie bringt eben, wie so viele andere kleine Sündenfälle auch, eine *Tendenz* zum Vorschein, die nicht von Gutem ist. Deshalb ist es wohl richtig, wenn die Wirtschaft die IRG-Flinte noch nicht ins Korn wirft, sondern über das Referendum ein Signal zu setzen versucht.

Willy Linder

Reagans Intellektuelle

Noch vor wenigen Jahren schrieb «Le Monde» in einem nicht gezeichneten, von der Chefredaktion verantworteten Leitartikel, Terrorismus sei für die Demokratie längst kein so grosser Schaden wie der Sieg von Konservativen in Wahlen. Entsprechendes würde heute diese angesehene Zeitung – nicht zuletzt durch Leserschwund, aber auch durch Wandlung seines eigenen Publikums beeindruckt – nicht mehr schreiben.

Die Wahlen in Kanada haben neben Margaret Thatcher und Ronald Reagan eine dritte westliche Demokratie im Rechtsdrift gezeigt. Was immer der britischen Premierministerin, dem amerikanischen Präsidenten angelastet werden kann – Freiheiten sind in den von ihnen regierten Staaten nicht gemindert worden. Und Präsident François Mitterrand verwirrt die bürgerliche Opposition, indem er in entscheidenden Punkten nunmehr ihrem Programm näher ist als dem eigenen.

Seit dem überraschenden Sieg des von Meinungsforschern und Presse schon als geschlagen geltenden Harry Truman wird kein Wahlsieg im voraus

als gewiss bezeichnet werden, nur als höchst wahrscheinlich.

Daniel Wiedenkellers Bericht aus Washington über den «grossen Kommunikator» – gerafftes Ergebnis einer eingehenden Recherche – weist auf eine hochentwickelte Technik der Einflussnahme, wie sie freilich auch schon Präsidenten ohne Schauspieleroutine beherrscht haben. Die Bedeutung amerikanischer politischer Entscheidungen ist für uns Europäer, für die Welt, so gross, dass hier einige Bemerkungen zum Thema Reagan vorausgeschickt werden dürfen.

Zunächst ist der früher selbstverständliche Vorsprung des Amtsinhabers, des «incumbent», neuerdings eine Ausnahme, nicht die Regel. Johnson verzichtete –, durch die Auswirkungen des Vietnamkrieges verbraucht und gebrochen – sich wiederum zur Wahl zu stellen. Nixon wurde verjagt. Der eingesetzte Nachfolger Ford scheiterte gegen den kurz davor unbekanntenen Jimmy Carter. Der wiederum verlor gegen den seit vielen Jahren sich um die Kandidatur bewerbenden Aussen-seiter Reagan, dessen unermüdlichen

Anspruch auf das höchste Amt die Presse schon komisch fand.

Nicht General Eisenhower – zurückhaltend, unideologisch und wie seitherige veröffentlichte Dokumente beweisen sehr viel klüger als das erkannt wurde, auch klug genug, um es zu verbergen –, sondern Franklin Roosevelt war der Präsident der trotz gänzlich anderen intellektuellen «Profils» mit Reagan verglichen werden kann: mit einer Partei, einer Doktrin identifiziert, teils Bewunderung, teil Hass provozierend, und dennoch unschlagbar.

Um Reagan haben sich nicht nur Massen gesammelt, sondern Gruppen, die im Grund nichts miteinander gemein haben als eben diese Einigkeit. Wir können sie verkürzt die «know nothing» und die «know everything» nennen, einesteils Traditionalisten, die fundamentalen Glauben und eiserne Überzeugungen keiner kritischen Überprüfung aussetzen und von Gegenargumenten nichts wissen wollen. «New right» – «moral majority» – Fundamentalisten verschiedener Art gehören dazu; oft sind es erfolgreiche Männer, deren Grosseltern und Eltern sehr arm waren und die sich mit äusserster Anstrengung hochgearbeitet haben. Texanische Milliardäre wie Hunt und andere Superreiche zählen auch – aber sie stellen nicht die notwendige Masse, auch wenn sie viel Fernsehzeit kaufen können, ein Umstand, der das Klima der Wahlen allerdings verändert hat.

Doch gab es die «Neokonservativen» – meist frühere Linksliberale, die vom Trend nach sehr weit links der späten sechziger Jahre abgestossen wurden, in gewissem Mass der deutschen FDP vergleichbar, die nicht hinter der nach links abdriftenden Sozialdemokratie mehr herlaufen konnten. In den USA

war die Wandlung jedoch viel ideologischer und extremer.

Die Neokonservativen – ausser Irving Kristol bekennt sich kaum einer von ihnen ausdrücklich als Republikaner – waren keineswegs auf Reagan fixiert gewesen. Norman Podhoretz, Herausgeber von «Commentary», stimmte für Carter und war dann von dessen Aussen- und Wirtschaftspolitik desto enttäuschter. Patrick Moynihan, der zu dieser Richtung gezählt wird, ist demokratischer Senator, Botschafterin Jeane Kirkpatrick ist Mitglied der demokratischen Partei. Daniel Bell zählt sich, trotz des Einflusses seiner eigenen Gedanken auf die Gruppe, nicht zu den «Neocons». Die Kritik an zunehmender Bürokratisierung und anderen ungünstigen Entwicklungen kam von den Neokonservativen und wurde schliesslich auch von den Linksliberalen zum grösseren Teil übernommen.

Diese Kritik ist zum Allgemeingut, zur Selbstverständlichkeit geworden. Das gilt auch für die Untersuchungen der «perversen» Effekte gutgemeinter Sozialpolitik. Ein Beispiel. 1950 lebten 78 Prozent der schwarzen Familien in einem Gatte-Gattin Haushalt, im Jahr 1968 waren es nur noch 54 Prozent. Für eine so drastische Fehlentwicklung gibt es keine andere Erklärung als Präsident Johnsons sozialpolitische Reformen, die gerade die Haushalte ohne Vater absicherten.

Die neuen, sich verbreitenden Ideen kamen von den «Neokonservativen», die durch Institute, Zeitschriften wirkten, also Intellektuelle erfassten, keine Massen in Bewegung setzten, aber schliesslich doch das Klima, das Reagan begünstigte, mitbestimmt haben. Die Ideenschwäche der Demokraten und ihrer Intellektuellen hat aus der

Republikanischen Partei und ihrem Kandidaten Reagan eine intellektuell vertretbare Alternative gemacht. Heute neigen die Neokonservativen dazu, die schon gewonnenen Kämpfe weiter zu fechten und stehen dem obskurantistischen «Rechtspopulismus» nicht so kritisch gegenüber wie dem «Linkspopulismus» – was allerdings aus ihrem eigenen Lager selber moniert wird, denn «monolithisch» ist diese Richtung – das ist sie eher als eine Gruppe – keineswegs. Die Republikaner sind ohne viel dafür zu tun die Nutzniesser eines politisch-intellektuellen Vakuums auf der Linken ge-

worden, deren einst so fruchtbare Initiativen sich totgelaufen hatten. Ohne diese Veränderung des politischen Ideenspektrums wäre sogar ein grosser Kommunikator nicht so erfolgreich gewesen, wie Reagan es war.

Die zunehmende Enttäuschung – schon seit geraumer Zeit spürbar – der «neocons» hat vor allem mit einer in ihrer Sicht konturlosen Aussenpolitik zu tun. Stärke war deren Voraussetzung, doch sie selber ist noch keine Politik. Das jedoch gilt für beide Kandidaten – und ist bei beiden in den Wahlen nicht entscheidend.

François Bondy

Visura Treuhand-Gesellschaft
Société Fiduciaire
Società Fiduciaria

Seit 50 Jahren Partner für
Steuern · Buchführung · EDV ·
Personalvorsorge · Branchen-
konforme Betriebsberatung

Zürich, Aarau, Altdorf, Grenchen,
Lausanne, Luzern, Olten, St. Gallen, Solothurn, Stans